

Ercheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Abdruck und Expedition Johannisgasse 25. Sperrstunden der Redaction: Vormittags 10-12 Uhr. Nachmittags 4-6 Uhr.

Man nimmt die für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr. Zu den Stellen für Anzeigen: Eintragsamt, Unterstadtstr. 22, beim Hofe, Rathhausstr. 18, p. nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kaution 16,000.

Abonnementpreis viertel 4/2 R., incl. Frachtposten 5 R., durch die Post bezogen 6 R. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 36 Pf. mit Postbeförderung 48 Pf. Inserate 50 Pf. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Anzeigen unter dem Redactionsdruck die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Abdruck wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postwechsel.

№ 137.

Sonnabend den 17. Mai 1879.

73. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag den 18. Mai nur Vormittags bis 1/2 9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Ostermesse endet mit dem 17. Mai.

Am diesem Tage sind die Buden und Stände auf den Plätzen der inneren Stadt bis 4 Uhr Nachmittags vollständig zu räumen und bis spätestens 8 Uhr Morgens des 18. Mai zu entfernen. Die auf dem Augustusplatz und auf den öffentlichen Wegen und Plätzen der Vorstadt befindlichen Buden und Stände sind bis Abends 8 Uhr des 17. Mai zu räumen und von dem mit Sonntag, den 18. bis mit 21. Mai, jedoch lebhaftig während der Tagesstunden von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends abzubauen und wegzufahren.

Mit dem Abbruch der Buden auf der Nordseite des Augustusplatzes darf nicht vor dem 18. Mai begonnen werden.

Es bleibt auch diesmal nachgelassen, die Schandbuden noch am 18. Mai geöffnet zu halten. Dieselben wofür sie auf Schwellen errichtet, in welchen die Carroussell und Helle sind bis Abends 10 Uhr des 20. Mai, diejenigen Buden aber, rüchlich deren das Eingraben von Säulen und Streden gestattet und eine längere Frist zum Abbruch nicht besonders erteilt worden ist, bis längstens den 24. Mai Abends 8 Uhr abzubauen und von den Plätzen zu entfernen.

Juwelherarbeiten gegen diese Vorschriften, für welche beziehentlich auch die betreffenden Bauhandwerker oder Bauunternehmer verantwortlich sind, werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder entsprechender Haft geahndet werden. Ueberdies haben Säumige auch die Obrigkeit wegen zu verfallende Bestrafung der Buden zu erwarten. Leipzig, am 7. Mai 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig, Dr. Georl. Richter.

Bekanntmachung, Einkommensteuer betreffend.

Im Anschluss an unsere Bekanntmachung vom 28. vorigen Monats, Inbald deren wir uns vorbehalten haben für diejenigen Beitragspflichtigen, welchen ihre Einkommensteuererklärungen nicht haben beendigt werden können, den Tag zu bestimmen, von dem ab sie nach §. 46 des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878 sich wegen Mittheilung des Einkommensergebnisses an unsere Steuer-Einnahme — Brühl Nr. 3, Stod — zu wenden haben und von dem ab nach §. 49 des eben angezogenen Gesetzes ihre Reclamationsfrist zu bemessen ist, bestimmen wir nunmehr und nachdem die Aufstellungen, soweit es möglich war, beendigt worden sind, als diesen Tag

den 17. dieses Monats.

Obige Bestimmungen werden wie auf die hiesige, so auch auf die hiesige Einkommensteuer Anwendung. Leipzig, den 14. Mai 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig, Dr. Tröndlin, Taube.

Bekanntmachung.

In der Plagwitzer Straße sollen von der Schreiberstraße ab bis zu der Hüllerstraße längs der Tauerinnen Granitsteine gelegt und die Lieferung derselben an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Begüligte Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: Granitsteine in der Plagwitzer Straße versehen ebenfalls und zwar

bis zum 20. Mai dieses Jahres, Nachmittags 5 Uhr

einzureichen.

Leipzig, am 9. Mai 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig, Dr. Georl. Wangemann.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission ausgeschriebene Herstellung einer Schleuse III. Classe in der Pfaffenborfer Straße ist vergeben und werden die unbedürftig gebliebenen Herren Submittenten hiermit ihrer Offerten entlassen.

Leipzig, am 15. Mai 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig, Dr. Georl. Wangemann.

Politische Lage in Frankreich.

Paris, 18. Mai. Graf Schwaloff hatte bei seiner letzten Anwesenheit in Paris mit dem Minister des Auswärtigen, Waddington, welcher zu seinem Empfang eigens aus der Provinz zurückkehrte, wiederholte Besprechungen, über welche ein tiefes Stillschweigen beobachtet wird. Was die Anwesenheit des russischen Diplomaten in Paris seine besondere Wichtigkeit bei, in Anbetracht, dass die Fragen, welche vornehmlich in diesem Augenblicke Frankreich beschäftigen — die ägyptische und die griechische Frage — für Russland von mehr nebenwärtigem Interesse sind. Man glaubt übrigens, dass Graf Schwaloff von dem französischen Minister weder bezüglich der Ausführung des Berliner Vertrages, welche Frankreich eher beschleunigen möchte, noch bezüglich des Rückzuges der russischen Truppen und Wärenträger von der Balkan-Halbinsel etwas zu erreichen vermöchte. Einzelne Diplomaten meinen, dass Graf Schwaloff auch den Boden hinsichtlich der Frage der nationalen Einheit Bulgariens untersucht habe. Wenn er Dies gethan hat, dürfte er mit der erhaltenen Antwort kaum zufrieden sein. Die Rede Lord Salisbury's wurde hier um so mehr bemerkt, als man in derselben eine Antwort auf die diesbezüglichen Versuche der russischen Diplomatie erblicken will. Nicht ohne politischen Grund lautete diese Rede so optimistisch und wurde darin folches Gewicht auf die gänzliche Durchführung des Berliner Vertrages gelegt. Wiewohl man sich hier keiner Täuschung über die Schwierigkeiten hingibt, welche im Orient noch zu überwinden bleiben, so machte dennoch die Sprache des Marquis Salisbury einen sehr guten Eindruck und wurde dieselbe als eines der friedlichsten Anzeichen aufgenommen. Der Chef des englischen Auswärtigen Amtes verbreitete auch einigermaßen Licht über die auf die hiesige Frage bezüglichen Verhandlungen. Seine Worte und die vom Unterstaatssecretar Bourke im Unterhause abgegebene Erklärung bestätigen Dasjenige, was bereits früher gegen die Wahrscheinlichkeit einer Botschafter-Conferenz in Konstantinopel und zu Gunsten von Separat-Verhandlungen gemeldet worden ist.

Man hört vielfach von Veränderungen im Cabinet sprechen. So viel ist gewiss, dass im Cabinet eine Spaltung herrscht. Waddington und Leon Say befinden sich mit ihren Kollegen hinsichtlich mehr als einer Frage nicht in Uebereinstimmung. Besonders gilt Dies von der Frage Blanqui und von derjenigen der Polizei-Präsidenten. (Der Conflict scheint nach dem letzten Telegramm noch nicht beseitigt zu sein. D. R.) In republikanischen und diplomatischen Kreisen ist viel davon die Rede, dass im Falle einer Ministerkrise Gambetta nicht die Regierung übernehmen, sondern seinen Freund Freycinet für das Conseil-Präsidium in Vorschlag bringen würde. Mehrere Deputirte sind in diesem Sinne thätig. Auch die Anwesenheit des Botchafters Fourrier wird damit in Zusammenhang gebracht; denn man wundert sich, dass er in einem Anknüpfungspunkte, in welchem Fragen von heisser Natur im Oriente an der Tagesordnung stehen, nicht auf seinem Posten in Konstantinopel ist. Er ist aber nicht der einzige Candidat für das Portefeuille Waddington's; auch der Bot-

schafter in Bern, Challemeil-Lacroix, und der Graf von St. Vallier werden genannt. Dieser Letztere hat wegen seines Vaters, welcher in der Provinz Petitionen gegen die Gesetz-Entwürfe Ferry's unterzeichnete, keinerlei Chancen. Nebenbei mag hier auch das Gerücht in Betreff eines Ministeriums Du Laure signalisirt werden. In den conservativen Kreisen scheint man jedoch überzeugt zu sein, dass vor einigen Monaten kein Ministerwechsel eintreten werde. Präsident Grevy hält Waddington aus persönlichen Gründen wegen der Identität ihrer politischen Anschauungen und namentlich mit Rücksicht auf das Ausland. Er wird sich jedoch nur im Falle eines formellen Votums der Kammer von ihm trennen.

Die Conservativen beginnen zu fürchten, dass der Senat die Unterrichts-Gesetze Ferry's votiren werde, wie man sich auch der Besorgnis vor irgend einer Volksbewegung hingibt. Sobald die Kammer zusammengetreten, werden mehrere dem Cabinet unangenehme Interpellationen erfolgen. In der Frage der Wahl Blanqui's sowie in Betreff der Polizei-Präsidenten ist der Conseil-Präsident entschlossen, Widerstand zu leisten; er hofft, dass die Kammer die Nichtwählbarkeit Blanqui's anerkennen werde.

Eine große Bewegung herrscht wegen der Zolltarife. Schutzzöllner und Freihändler zeigen sich sehr eifrig und erpicht in Geltendmachung ihrer Standpunkte. Die Regierung neigt zum Freihandel; die Entscheidung liegt bei den Kammern, und das Cabinet rechnet darauf, dieselben für seine Ansichten zu gewinnen. Man bereitet schon die notwendigen Schritte für den Abschluss von Handelsverträgen mit England und mit den Vereinigten Staaten vor.

Die ägyptische Frage anbelangend, ist die hiesige Regierung einigermaßen mit Italien unzufrieden, welche, wie man berichtet, den Hevide in seinem Widerstande ermuntert. Auch spricht man von Unterhandlungen, welche zwischen Frankreich, England und Italien behufs eines Einverständnisses und einer gemeinsamen Action in Konstantinopel und Kairo eröffnet seien. Man wird gleichzeitig bemerkt, dass schon die französisch-englische Freundschaft Schwierigkeiten mache, dass in England eine große Empfindlichkeit gegenüber Frankreich herrsche und dass man dort das Cabinet Beaconsfield etwas zu viel im französischen Fahrwasser zu sehen fürchtet, eine Stimmung, bezüglich welcher in der öffentlichen Meinung Frankreichs volle Gegenseitigkeit herrscht.

Die Eisenzolldebatte.

Berlin, 15. Mai. Die Eisenzolldebatte hat heute im Reichstage begonnen. Vorher kamen die Positionen des Zolltarifs „Abfälle“ und „Bürstebinder- und Sebmacherwaaren“ zur Besprechung. Bei den Abfällen wurden einige Erleichterungen des Verkehrs mit großer Majorität angenommen. Dagegen kam es bei den Bürstebinderwaaren zu einer Debatte von principieller Bedeutung. Der Abg. Müller-Gotha hatte zu beweisen versucht, dass die Wiedereinführung des seit 1870 beseitigten Zolles auf grobe Bürstebinderwaaren ohne jeden Grund vorgeschlagen werde. Sofort erschien der Abg. v. Kardorff

auf dem Rampfplatze, um für die Unentbehrlichkeit des Zolles einzutreten. Das veranlasste dann den Abg. Ricker zu dem Hinweis auf die Thatsache, dass es sich bei diesen Waaren um einen verschwindenden Import gegenüber einem sehr bedeutenden Export handle. Seitens der Regierung wählte man für den Vorschlag des Entwurfs nichts Anderes anzuführen, als dass andere Länder auf grobe Bürstebinderwaaren auch einen Zoll erhoben. Herr v. Kardorff aber führte sofort mit gewaltiger Emphase sein großes Geschick vom „Schutz der nationalen Arbeit“ und vom „Erad des armen Mannes“ ins Gesicht — ein Verfahren, welches bei dieser Position und ganz am Anfang der Debatten selbst seinen wirtschaftlichen Freunden nicht zu gefallen schien. Mit vollem Recht machte der conservative Abg. v. Raitzahn-Gilly darauf aufmerksam, dass bei dieser geringfügigen Angelegenheit sofort das ganze Princip der neuen Zollpolitik in Frage komme, und entschied sich von seinem freihändlerischen Standpunkte aus gegen die Position. Diefelbe — ein Zoll von 2 Mark auf den Centner grobe Bürstebinderwaaren — wurde indeß, wie Niemand anders erwartet, mit beträchtlicher Majorität angenommen. Nach diesem Vorgespräche begann sofort die Hauptdebatte dieses ganzen Zollkrieges. Denn wenn auch der Frage der Getreidezölle eine weit größere principielle Bedeutung und namentlich eine weit erheblichere politische Tragweite beizumessen ist, so ist doch die Agitation für die Eisenzölle der Ausgangspunkt und bis auf diesen Tag die eigentliche Seele der schutzländerischen Bewegung gewesen. In erster Linie kommt das Kobalt in Betracht. Der Kobaltzoll wurde in dem Tarif von 1865 auf 75 Pf. pro Centner festgesetzt, sodann vom 1. Juli 1868 ab auf 50 Pf., vom 1. Octbr. 1870 ab auf 25 Pf. ermäßigt und vom 1. Octbr. 1873 ab ganz abgeschafft. Der jetzige Entwurf schlägt die Wiedereinführung eines Zolles von 50 Pf. vor. Man kann sagen, dass der Regierungskommissar, Geh. Rath Dürckhard, sich alle erdenkliche Mühe gab, diesen Vorschlag als im nationalen Interesse geboten zu rechtfertigen. Auch derjenige Redner aus der Mitte des Hauses, der die Forderungen der Interessenten vertrat, Herr Kersch, sparte sich keine der Argumente, welche in der schutzländerischen Presse seit Jahren für die Wiedereinführung der Eisenzölle verbreitet worden sind. Der Grundfehler in den Ausführungen Dürckhard's war nur, dass sie die Ergebnisse der Eisenzollcommission, über deren Zusammenfassung und Verfahren seit Monaten genug geredet worden ist, als unumstößliche Axiome hinstellten, dass sie namentlich einen schweren Nothstand der deutschen Eisenindustrie als erwiesen voraussetzen, einen Nothstand, den sie hauptsächlich durch die Ermäßigung und Beseitigung der Zölle herbeigeführt glauben, den sie deshalb auch durch die Wiedereinführung von Zöllen heben zu können hoffen. Der Abg. Dürckhard hat in einer durchaus maßvoll und sachlich gehaltenen, aber dem wahren Sachverhalte schonungslos auf den Grund gehenden Rede die „sable convulse“ der Hilflosigkeit und Schutzbedürftigkeit der deutschen Eisenindustrie zertrümmert. Ganz gewiß hat er Recht mit der Behauptung, dass die Eisenindustrie bei Weitem nicht der am meisten nothleidende Gewerbezweig ist, dass sie nur verstanden hat, mit

Hilfe ihrer außerordentlichen Mittel höchst erfolgreich zu operiren. Mit schlagenden statistischen Zahlen zeigte er, wie die Abschaffung des Kobaltzollens auf die Production keineswegs von der behaupteten entmuthigenden, ja ruinösen Wirkung gewesen. Im Jahre 1878 hat die deutsche Kobaltproduction fast dieselbe Höhe erreicht, wie in dem ganz exceptionellen Jahre 1873. Dagegen ist die Einfuhr von Kobalt fortwährend und in erstaunlichem Maßstabe zurückgegangen. Gleichzeitig ist in Folge der freien Concurrenz die Leistungsfähigkeit unserer Kobaltindustrie, wie der Redner ziffermäßig darthat, ganz außerordentlich gestiegen. Nicht minder ist die Concurrenzfähigkeit der deutschen Eisenproduction auf den auswärtigen Märkten gewachsen. Diesen Thatsachen gegenüber erinnerte Dürckhard an die Folgen, welche einerseits eine über allen normalen Bedarf hinausgehende Uebersproduction, welche andererseits die vielfache Gründung großartiger Establishments auf durchaus unsolider Basis nothwendig nach sich ziehen würde. In diesem Zusammenhange zeigte er an den Geschäftsergebnissen der „Dortmunder Union“, wie dieselbe auf solider kaufmännischer Basis sehr bedeutende Gewinne erzielen würde, während thatsächlich infolge der ganz ungeheuerlichen Gründungskosten beinahe das Gegentheil der Fall ist. In sonach in den gegebenen Verhältnissen eine Kobaltzoll nicht anzuerkennen, so bedeutete Dürckhard dann noch als den eigentlichen Kern der Frage die schädlichen Folgen, welche die Vertheuerung des für die gesammte wirtschaftliche Arbeit eines Volkes nothwendigsten Hilfsmaterials haben muß. Die Vertheidiger des neuen Eisenzoll haben keinen Grund, auf die heutige Debatte mit Stolz zurückzusehen. Warten wir, ob sie die Scharte ausmengen werden.

Berlin, 15. Mai. Die beiden wirtschaftlichen Parteien des Reichstages haben sich heute bei der Specialdebatte über den Zolltarif gelegentlich einer unbedeutenden Position zum ersten Male in einer, wenn auch nicht namentlichen Abstimmung gemessen. Ein Ueberblick über die Reihen der Abstimmenden machte zur Gewissheit, was schon lange an dieser Stelle behauptet wurde, dass die für den Zolltarif eintretende Mehrheit zwei Drittheile des Hauses umfaßt. Das die Regierung bei dieser Zusammenfassung des Hauses die Zoll- und Steuercommission schon in 5 Wochen zu beenden hofft und den Zolltarif bereits am 1. Juli zu publiciren wünscht, mag als ein Beweis dafür gelten, dass das Zustandekommen der wirtschaftlichen Gesetze nicht irgend ein hässlicher Zwist innerhalb der Mehrheitsparteien ausfallen kann. Man schlägt deshalb in eingeweihten parlamentarischen Kreisen die von conservativen Freihändlern beantragte Verabschaffung der Eisenzölle ebenso gering an, wie die Differenz, welche sich zwischen den Industriellen und Landwirthen innerhalb der Volkswirtschaftlichen Vereinigung betrefft der Erhöhung der Kornzölle ergeben haben soll. Es handelt sich hier um Wünsche von Minoritäten innerhalb der Mehrheitsparteien, welche ihren Wahlkreisen gegenüber Dies oder Jenes anregen und, nachdem sie ihre Pflicht erfüllt, sich der Majorität fügen. Im Ganzen und Großen hat schon der heutige De-